

Umwelt- und Verkehrsausschuss

Sitzung am 03.12.2012

Haushaltsplan 2013		
Programm „Klimaschutz-plus 2013-2015“: Umsetzung weiterer Klimaschutzprojekte und Bereitstellung der Finanzierung		
verantwortlich: Dezernat IV	Drucksache 2012-96-UVA03.12.	
	3 Anlagen	
	30.11.2012	
<u>Vorberatung:</u>	03.12.2012	Umwelt- und Verkehrsausschuss
<u>Beschlussfassung:</u>	17.12.2012	Kreistag

Beschlussempfehlung:

1. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss befürwortet die Erarbeitung eines Maßnahmenprogramms „Klimaschutz-plus 2013-2015“, mit dem die Ziele und Handlungsempfehlungen des Klimaschutzkonzeptes des Rems-Murr-Kreises praktisch umgesetzt werden.
2. Die Konkretisierung und Weiterverfolgung der in der Vorschlagsliste unterbreiteten Projekte wird im Lenkungsausschuss Klimaschutz beraten und hierzu ein Programmvorschlag mit Zeitstufenregelung dem Umwelt- und Verkehrsausschuss unterbreitet.
3. Dem Kreistag wird empfohlen, für das Jahr 2013 vorsorglich für die Finanzierung des Maßnahmenprogramms „Klimaschutz-plus 2013-2015“ 500.000 Euro in den Haushalt einzustellen, dessen Verwendung unter den Vorbehalt der Zustimmung durch den UVA gestellt wird.
4. Befristet für drei Jahre 2013-2015 wird die Stelle eines Projektmanagers / einer Projektmanagerin für den Klimaschutz (EG 11) in den Stellenplan aufgenommen.

Zusammenfassung:

Das neue Klimaschutzkonzept des Rems-Murr-Kreises wurde vom Kreistag am 19.11.2012 einstimmig verabschiedet. Sprecher zahlreicher Fraktionen haben eine zügige Umsetzung empfohlen. Die Verwaltung unterbreitet einen Vorschlag für ein „Klimaschutz-plus 2013-2015“-Programm für die Jahre 2013 bis 2015, das dazu beitragen soll, die Handlungsschwerpunkte des Klimaschutzkonzeptes konkret umzusetzen. Diese Anregungen verstehen sich als Diskussionsgrundlage, um zeitnah ressourcenschonende, praktische Aktivitäten zu entfalten.

1. Beiträge und Anträge der Fraktionen

Die Sprecher der Fraktionen haben im Kreistag am 19.11.2012 in ihren Haushaltsreden und bei der Beratung des Klimaschutzkonzeptes eine zügige Umsetzung der Handlungsschwerpunkte im Klimaschutz angemahnt. Es wurde auch signalisiert, hierfür zusätzliche Budgetmittel im Haushalt bereit zu stellen. Die SPD-Fraktion hat einen Klimamanager ins Gespräch gebracht, der möglichst aus dem eigenen Haus kommen soll. Klimaschutzaufgaben sollten bei der Energieagentur implementiert werden.

Die Fraktion Bündnis 90 / Grüne hat einen Haushaltsantrag eingebracht, zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes den Planansatz für den Klimaschutz um eine Mio. Euro zu erhöhen (Anlage).

Weitere Fraktionssprecher haben sich in ihren Beiträgen am 19.11.2012 ebenfalls für eine konkrete Umsetzungsplanung und eine entsprechende finanzielle Ausstattung der Klimaschutzmaßnahmen ausgesprochen.

2. Umsetzungsvorschlag der Verwaltung

In einer intensiven Arbeitssitzung am 22.11.2012 haben der Erste Landesbeamte, die Dezernenten und Geschäftsbereichsleiter sowie Vertreter von Energieagentur und RMIM eine Vorschlagsliste zur Verfolgung der Klimaschutzziele erarbeitet.

Entstanden ist ein Maßnahmenprogramm „Klimaschutz-plus 2013-2015“, das mit zusätzlichen Budgetmitteln umgesetzt werden kann. Inhaltlich werden die in den Beratungen von UVA und Kreistag vorgestellten Handlungsschwerpunkte konkretisiert (Drs. 2012-86-UVA05.11), in dem Projekte u.a. in den Bereichen „Nachhaltige Mobilität“, „Stromsparaktionsprogramm“ und „Klimaschutz in Gebäuden“ angedacht werden. Bei der internen Beratung hat sich gezeigt, dass größere Maßnahmen in der Regel nicht in einem Jahr geplant und umgesetzt werden können. Dies gilt für investive Maßnahmen (zum Beispiel Bau von Fahrradwegen) ebenso wie für Maßnahmen mit Partnern und einem Beratungsanteil (zum Beispiel „Nachhaltige Mobilität“). Es wird deshalb vorgeschlagen, einen Projekt-Zeitraum von drei Jahren (2013-2015) zu wählen, der Planung und Umsetzung tatsächlich ermöglicht und so auch nachhaltigen Erfolg verspricht.

Über die Umsetzung werden die zuständigen Gremien des Kreistags regelmäßig informiert. Ein jährlicher Bericht ist Teil des Programms, denn es ist ein wichtiges Ziel, den Kreistag – wie bereits in der Vergangenheit praktiziert – eng einzubinden und den Klimaschutz zu einem gemeinsamen Erfolg zu machen.

3. Übersicht „Klimaschutz-plus 2013-2015“

Ziele des Gesamtprogramms sind, bereits in Vorbereitung befindliche Projekte konsequent weiter zu verfolgen, die Vorbildfunktion der Verwaltung zu stärken sowie eine möglichst hohe CO₂-Einsparung zu erreichen, insbesondere in dem kritischen Bereich Mobilität und Verkehr. Das Programm „Klimaschutz-plus 2013-2015“ ist als Gesamtprogramm zu verstehen, in dem die einzelnen Teilprojekte einander sinnvoll ergänzen. Im Einzelnen:

- Die Verwaltung setzt auf verstärkte Stromeinsparung in Verwaltungsgebäuden und nutzt bei der Mobilität zunehmend auch alternative Antriebstechniken wie Elektro-,

Hybrid- oder Gasfahrzeuge. Mitarbeiter werden verstärkt zur Nutzung des VVS angehalten.

- Eine bessere Nutzung des ÖPNV kann erreicht werden, in dem Fahrradmitnahme in Linienbussen ermöglicht wird sowie durch eine Verbesserung des Ruftaxi-Systems mit dem VVS-Ticket.
- Ein umfangreicher Ausbau der Fahrradwege im Rems-Murr-Kreis, vor allem auf den Hauptverbindungsrouen innerhalb des Landkreises, soll nach einer sorgfältigen Analyse im Jahr 2013 dann in den Jahren 2014/2015 umgesetzt werden.
- Das Gesamtprogramm hat auch eine starke soziale Komponente. So sollen Empfänger von Transfermitteln durch gezielte Beratung Unterstützung erfahren. Mit einer gründlichen Analyse sollen auch Wege aufgezeigt werden, wie die häufig hohen Nebenkosten für sozial schwache Haushalte gesenkt werden können.
- Im Bereich Bildung und verstärkter Bewusstmachung von Energieeinsparmöglichkeiten soll die Energieagentur gestärkt werden, in dem die Energieberatung zum Verbrauch von Wärme und Strom ausgebaut wird und spezielle Jugendbegleiter ausgebildet werden. Auch im Bereich der Gewerbeenergieberatung ist angedacht, zusammen mit der IHK und der Handwerkskammer über neue Energiespartechiken zu informieren.
- In den Kreismedienzentren sollen „Klimamedien“ verstärkt angeboten werden. Mitarbeiter des Landratsamtes sollen weiter gebildet werden, um die Vorbildfunktion der Verwaltung zu stärken. Mitarbeiter des Landratsamtes sollen motiviert werden, in ihrem eigenen Umfeld Klimaschutzmaßnahmen zu leben und zu vertreten.
- Der Handlungsschwerpunkt „Nachhaltige Mobilität“ könnte mit Unterstützung von Mitfahrprojekten, Carsharing, flinc, und bike and work vernetzt angegangen und umgesetzt werden. Hier soll auch das notwendige Klimaschutz-Controlling angesiedelt werden. Hierfür und für die Umsetzung des Gesamtprogramms erscheint ein für drei Jahre befristeter Projektmanager im Landratsamt sinnvoll, der durch Bundesmittel gefördert werden kann (siehe unten Abschnitt 4.).
- Als besonderer Schwerpunkt der Aktivitäten im Immobilienbereich ist der Bau eines Blockheizkraftwerkes beim Kreissonderschulzentrum in Schorndorf in Kooperation mit Partnern wie den Stadtwerken zu prüfen, wobei die Einbeziehung in ein kommunales Nahwärme- und Quartierskonzept zur Nutzung der Wärme angestrebt wird.

In der Summe aller skizzierten Maßnahmen wäre das Programm „Klimaschutz-plus 2013-2015“ ein effektiver Beitrag, um die Hauptziele der Klimaschutzkonzeption schneller zu erreichen.

Die Teilprojekte des Programms sind jeweils einem der vier Handlungsschwerpunkte zugeordnet, in Projektblättern einzeln beschrieben und die Projektverantwortlichen benannt (Anlage). Die Umsetzung der Projekte werden die Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel im Sinne eines „Klimaschutz-Sonderbudgets“ notwendig machen. Die Mittel können dazu beitragen, einen verbesserten Klimaschutz wirksam zu befördern.

Die Konkretisierung der Teilprojekte soll im Lenkungsausschuss Klimaschutz unter Beteiligung von Vertretern der Kreistagsfraktionen beraten werden. Die Projekte werden den zu-

ständigen Ausschüssen vorgestellt und im Rahmen des Klimaschutz-Controllings wird über die Umsetzung regelmäßig berichtet.

4. Projektmitarbeiter/in Klimaschutz

Die zeitnahe Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes erfordert in den nächsten drei Jahren einen verstärkten Personaleinsatz beim Geschäftsbereich Umweltschutz, der durch interne Umschichtung nicht erbracht werden kann. Dies ist nicht zuletzt anderen größeren Themen geschuldet, die ebenfalls in Zukunft eher einen höheren Einsatz erwarten lassen wie beispielsweise Windkraft, Landschaftsschutzgebietsverordnungen, Geothermie, Hochwasserschutz, Landschaftserhaltungsverband und ähnliche Arbeitsbereiche mehr. Eine personelle Mindestausstattung mit fachlich qualifiziertem und erfahrenem Personal ist daher für den Gesamterfolg des Programms „Klimaschutz-plus 2013-2015“ dringend anzuraten.

Positiv ist festzustellen, dass ein/e Mitarbeiter/in aus Bundesmitteln mit bis zu 65 Prozent gefördert werden kann. Grundlage für die Förderung ist die "Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative" vom 17.10.2012.

Der Zuwendungszweck sieht vor, dass ergänzende Anreize geschaffen werden sollen, um die Potenziale zur Emissionsminderung durch die Steigerung der Energieeffizienz und die Nutzung regenerativer Wärme kostengünstig und breitenwirksam zu erschließen. Dazu sollen bestehende Hemmnisse und Informationsdefizite abgebaut, die Marktdurchdringung vorhandener, hocheffizienter Technologien unterstützt und diese öffentlichkeitswirksam verbreitet werden. Gefördert werden insbesondere die Umsetzung von Klimaschutzkonzepten durch:

- die Schaffung einer Stelle für Klimaschutzmanagement für die fachlich-inhaltliche Unterstützung bei der Umsetzung von Klimaschutzkonzepten, soweit es sich nicht um eine Maßnahme des KfW-Programms "Energetische Stadtsanierung" handelt und
- die Durchführung einer ausgewählten investiven Klimaschutzmaßnahme, die zu einer CO₂-Minderung führt, beispielsweise Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Mobilität.

Fördervoraussetzungen sind:

- Klimaschutzkonzept
- Beschluss des obersten Entscheidungsgremiums über die Konzeptumsetzung
- Aufbau eines Klimaschutz-Controllingsystems

Nach dem Förderprogramm ist der Klimamanager in der Verwaltung u.a. für das Controlling zuständig und für die Projektentwicklung und –koordination des Gesamtprogramms mit verantwortlich. Kommunen und Landkreise, die einen Klimamanager (Antragsvoraussetzung) beschäftigen, haben außerdem nach dem Bundesprogramm Zugang zu weiteren Mitteln (bis 65 Prozent der Kosten) im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Fortbildungen sowie für eine ausgewählte investive Maßnahme im Umfang von bis zu 250.000 Euro (Fördersatz bis 50 Prozent).

Der Rems-Murr-Kreis bringt nach der Verabschiedung des Klimaschutzkonzeptes eine wichtige Voraussetzung mit, um weitere Bundesmittel zu erhalten und dem hier vorgestellten Gesamtprogramm dadurch zusätzlichen Schwung zu verleihen,

Der Projektmitarbeiter (EG 11) soll befristet für drei Jahre (2013-2015) insbesondere im Programmteil „Nachhaltige Mobilität“ sowie beim Klimaschutzcontrolling eingesetzt werden. Die Kosten für den RMK betragen nach Abzug der erwarteten Bundesförderung noch rund 30.000 € pro Jahr. Für die Förderung einer investiven Maßnahme durch den Bund wird ein Antrag für eine Maßnahme aus dem Programm „Klimaschutz-plus 2013-2015“ geprüft.

5. Ergänzende Informationen zu den Haushaltsberatungen

5.1 Haushaltsreden und Anträge der Fraktionen

Zum Haushalt 2013 hat die FDP-FW Fraktion einen Haushaltsantrag zur „Mittelanhebung um 1 Mio. € zum Abbau von Sanierungsrückstaus sowie zur energetischen Sanierung der Kreisliegenschaften“ gestellt. Die SPD Fraktion ist ebenfalls für ein „konsequenteres Handeln bei der energetischen Sanierung in den kreiseigenen Immobilien“ eingetreten.

Hierzu kann festgestellt werden, dass im Haushalt 2013 bereits 2 Mio. € für die energetische Gebäudesanierung eingestellt sind. Mit weiteren, zusätzlichen Mitteln könnte der Sanierungsrückstau entsprechend der vorhandenen Prioritätenliste der RMIM schneller abgebaut werden. Andererseits bestehen nach dem vom Kreistag einstimmig verabschiedeten Klimaschutzkonzept zahlreiche weitere Möglichkeiten für eine effektive CO₂-Minderung, die bisher nicht finanziert sind. Die Verwaltung schlägt daher vor, mit zusätzlichen Mitteln die in dieser Vorlage vorgeschlagenen Projekte umzusetzen. Mit diesem Gesamtprogramm werden - in Ergänzung zu der bereits finanzierten Gebäudesanierung - die Bemühungen des Rems-Murr-Kreises auch in anderen Handlungsschwerpunkten umgesetzt, die Vorbildfunktion der Verwaltung gestärkt sowie Bürger und Unternehmen verstärkt einbezogen.

5.2 Energieagentur Rems-Murr gGmbH

Die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes erfordert die Beteiligung vieler Partner mit unterschiedlichen Kompetenzen. Die Energieagentur Rems-Murr gGmbH hat ihren Aufgabenschwerpunkt in der Energieberatung. Beispielhaft genannt werden können die Bürgerberatung, Projekte mit Kommunen, das „Stand by Projekt“ an Schulen sowie die Zusammenarbeit mit dem Gewerbe. Verschiedene Projekte des Programms „Klimaschutz-plus 2013-2015“ sollen von der Energieagentur umgesetzt werden, die aktiv einbezogen wird. Bei anderen Projekten haben die RMIM oder Geschäftsbereiche des Landratsamtes eine hohe Kompetenz (z.B. Radwegenetz, VVS-Schnupperticket, Beratung von Hilfeempfängern). Die Projekte sollen deshalb arbeitsteilig umgesetzt werden, um die Klimaziele so effektiv und schnell wie möglich zu erreichen.

5.3 Koordination Windkraft

Die Koordination des Themas Windkraft (Ombudsmann) wird vom Leiter des Geschäftsbereichs Baurecht (Kreisbaumeister) übernommen und ohne zusätzliche Kosten gegebenenfalls durch Umschichtung realisiert. Der Geschäftsbereich Baurecht und die dort organisatorisch angegliederte Geschäftsstelle für Genehmigungs- und Planverfahren (GuP) beschäftigen sich seit Oktober 2010 intensiv mit dem Thema Windkraft im Rems-Murr-Kreis und ha-

ben hier eine hohe Kompetenz erworben. Zahlreiche Stellungnahmen, z.B. zur Änderung des Landesplanungsgesetzes oder des Windenergieerlasses, wurden erarbeitet, eine AG-Windkraft wurde ins Leben gerufen. Der Leiter des GB Baurecht sowie die GuP, stehen ständig im Kontakt mit dem Verband Region Stuttgart (VRS) und den Städten und Gemeinden. Die Funktion eines Koordinators Windkraft ist deshalb hier genau richtig angesiedelt.

5.4 EU-Strukturförderung 2014 – 2020

Die künftige baden-württembergische Förderung aus dem Bereich des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) wurde im aktuellen Entwurf unter das Motto „Innovation und Energiewende“ gestellt. Erwartet werden thematische Richtlinien und die Möglichkeit einer regionalen Strategieentwicklung mit pilothafter Projektumsetzung.

Als Themen sind bisher denkbar die Bereiche Klimaschutz und Energie, Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation, Wettbewerbsfähigkeit von KMU sowie Umweltschutz und Ressourceneffizienz. Im Bereich Klimaschutz sind Fördermöglichkeiten geplant zu kommunalen Klimaschutzkonzepten und CO₂-reduzierenden Infrastrukturmaßnahmen, einem „Netzwerk Energieeffizienz“, Bürgerbeteiligung im Sinne von Information und Beratung oder Energieversorgung und –speicherung.

Die genaue Mittelverfügbarkeit ist - aufgrund der laufenden EU-Haushaltsverhandlungen – derzeit noch offen. Nach der Entscheidung auf EU-Ebene steht noch die Verteilung auf die Mitgliedsstaaten und dann erst auf die Bundesländer an. Rund 23 Prozent der baden-württembergischen Mittel sollen für den Klimaschutz zur Verfügung stehen. Der Rems-Murr-Kreis bringt sich bereits seit Ende 2010 in die Konsultationen ein und diskutiert mit kommunalen Nachbarn landkreisübergreifende Strategie- und Projektansätze. Die intensive Begleitung des Themas zeigt, dass der Rems-Murr-Kreis alles dran setzen wird, sich hier bietende Fördermöglichkeiten für Maßnahmen ebenfalls zu nutzen.

6. Weiteres Vorgehen und Finanzierung des Programms

Im Falle eines positiven Votums der Kreisgremien soll das Programm „Klimaschutz-plus 2013-2015“ in den nächsten Monaten konkretisiert, im Lenkungsausschuss Klimaschutz beraten und anschließend die entscheidungsreifen Projekte dem Umwelt- und Verkehrsausschuss vorgelegt werden. Ziel ist es, dass erste Maßnahmen im Jahr 2013 konkret umgesetzt werden können. Insgesamt wird für die Umsetzung des Gesamtpaketes aber von einem Zeitraum von etwa drei Jahren ausgegangen.

Im Haushaltsplanentwurf 2013 sind für die in dieser Drucksache aufgeführten Maßnahmen des Programms „Klimaschutz-plus 2013-2015“ (Beginn mit 500.000 € im Haushaltsjahr 2013) bisher keine Mittel eingestellt. Durch die Umsetzung dieser zusätzlichen kreisweiten Klimaschutzmaßnahmen in den Jahren 2013 bis 2015 werden positive Signale im Klimaschutz gesetzt, die aber noch finanziert werden müssen. Als Deckungsvorschlag steht der Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zur Abstimmung, für die zusätzlichen Klimaschutzmaßnahmen die Kreisumlage zu erhöhen. Alternativ müsste die Finanzierung der Maßnahmen auf andere Weise erfolgen. Hierüber muss im Rahmen der Beschlussfassung über den Haushaltsplanentwurf 2013 im Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss entschieden werden.